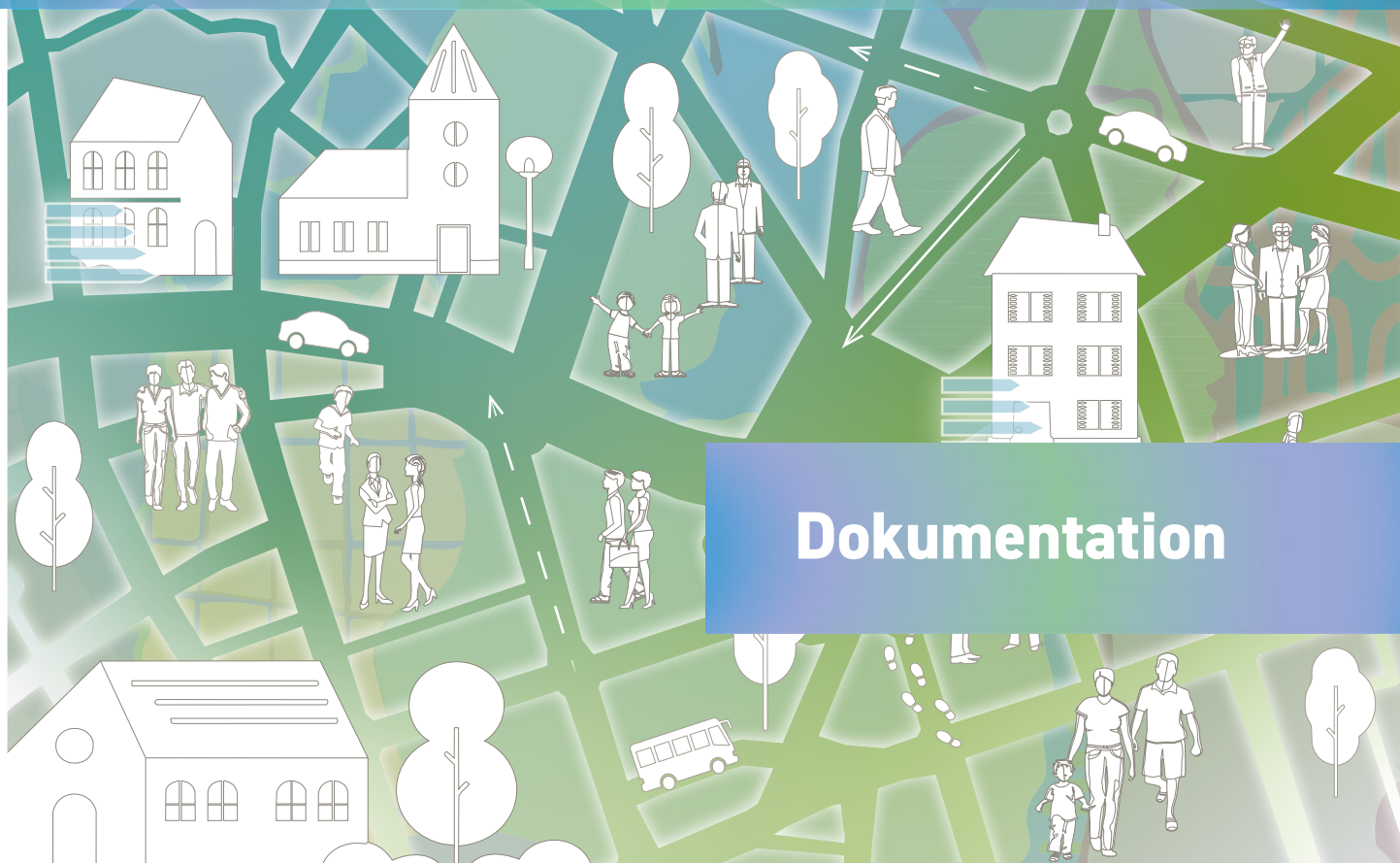




7 BRANDENBURGER 24.06.26 STADTENTWICKLUNGSTAG

■ **Starke Städte – Gemeinsam für Brandenburg**



Dokumentation



Arbeitsgemeinschaft
Städte mit historischen Stadtkernen
des Landes Brandenburg

STÄDTEFORUM
BRANDENBURG

städtekrantz
BERLIN-BRANDENBURG

7 BRANDENBURGER 24.06.26 STADTENTWICKLUNGSTAG

■ Starke Städte – Gemeinsam für Brandenburg

#CHANCEN DURCH KOOPERATIVES HANDELN

PROGRAMM

BEGRÜSSUNG der Plattform Starke Städte	3
IMPULS: Transformation ist immer – Wie viel Altbewährtes die Zukunft braucht und welche Rolle Kollaboration dabei spielt	4
Ins GESPRÄCH kommen #Reden wir über Stadt. Wer gestaltet die Stadt von morgen – und wie gemeinsam?	6
WERK-STÄDTE: Gemeinsam Hebel finden. Zukunftsaufgaben vernetzt angehen.	9
UND NUN? #Vom Austausch zur Zusammenarbeit ...im Gespräch mit Vertreter:innen der Werk-Städte	25
Im GESPRÄCH bleiben und ÜBERGABE STAFFELSTAB	27
Mitgenommen	28

IMPRESSUM

© 2026 . Für die Plattform Starke Städte: Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg .

Geschäftsstelle c/o complan Kommunalberatung GmbH, Voltaireweg 4, 14469 Potsdam . www.ag-historische-stadtkerne.de

Fotos: Erik-Jan Ouwerkerk, Gestaltung: Irina Barke, complan Kommunalberatung

7 BRANDENBURGER 24.06.26 STADTENTWICKLUNGSTAG ■ Starke Städte – Gemeinsam für Brandenburg

#CHANCEN DURCH KOOPERATIVES HANDELN

Unter dem Titel **STARKE STÄDTE – GEMEINSAM FÜR BRANDENBURG #Chancen durch kooperatives Handeln** fand in Potsdam der 7. Brandenburger Stadtentwicklungstag der Plattform Starke Städte statt. In diesem Verbund engagieren sich die Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg, das Städteforum Brandenburg und der Städtekranz Berlin-Brandenburg gemeinsam für über 60 Städte und einige Institutionen im Land Brandenburg. Im Fokus des diesjährigen Stadtentwicklungstages stand die Frage nach den kommunalen Handlungsmöglichkeiten in den drängenden Zukunftsthemen. Circa 130 Vertreter:innen der Brandenburger Städte, der einzelnen Landesministerien, Mitglieder der Landesregierung sowie Expert:innen aus Institutionen, Forschung, Verbänden und Initiativen kamen im Plenum und in den vier Werk-Städten zu einem intensiven Austausch zusammen.

BEGRÜSSUNG der Plattform Starke Städte



Nora Görke, Christiane Lindner-Klopsch und Helmut Wenzel (v.l.n.r.) eröffneten den Stadtentwicklungstag.

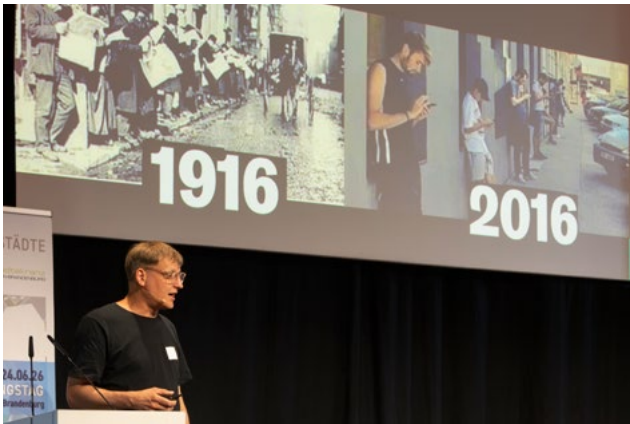
- » Nora Görke, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg und Bürgermeisterin der Stadt Kyritz
- » Christiane Lindner-Klopsch | Vorsitzende des Städtekranzes Berlin-Brandenburg und Bürgermeisterin der Stadt Jüterbog
- » Helmut Wenzel | Vorsitzender des Städteforums Brandenburg und Bürgermeister der Stadt Lübbenau/Spreewald



Christoph Kollert begrüßte für die Bundesstiftung Baukultur.

Die Vorsitzenden der drei Städtenetzwerke begrüßten gemeinsam die Teilnehmenden des Stadtentwicklungstages. Auch Christoph Kollert begrüßte als Anrainer und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur die Anwesenden und wies auf den neuen Baukulturbericht 2026/2027 zum Thema „Gestalten: Prozesse, Bauen, Zusammenhalt“ hin.

IMPULS: Transformation ist immer – Wie viel Altbewährtes die Zukunft braucht und welche Rolle Kollaboration dabei spielt



Manuel Ott referiert über immerwährende Transformation als Innovationsmotor.

» Manuel Ott, Dipl. Geograf, Co-Founder Dark Horse GmbH

Unternehmen stehen heute vor großen Transformationsherausforderungen. Städte bieten ein hohes Innovationspotenzial, jedoch sind bestehende Initiativen häufig unzureichend miteinander vernetzt. Eine stärkere Koordination sowie die Anbindung von Transformationscoaches in den Ministerien an die Kommunen können den Wissenstransfer unterstützen.



Transformation ist als kontinuierlicher Prozess mit vielfältigen Maßnahmen zu verstehen. Beteiligungsformate sind dabei ein wesentlicher Bestandteil für Innovation und tragfähige Ergebnisse. Zudem sollten Lernprozesse aus gescheiterten Vorhaben systematisch erfasst, offen kommuniziert und für künftige Maßnahmen genutzt werden. Für Kommunen ist es wichtig, sich auf den Weg zu machen, Veränderungen zuzulassen, um handlungsfähig zu bleiben.



Der Student Jesco Genzmer berichtet von seiner Sicht auf Transformation in Brandenburgs Innenstädten, die er im Rahmen seiner Bachelorarbeit gewonnen hat.

Plenumsbeiträge

- » Jesco Genzmer, Student der Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin
- » Konstantin Böhl, Vertreter des Dachverbands der Kinder- und Jugendgremien Brandenburg (DKJB)

Aus dem Plenum kamen weitere Wortbeiträge. Für den **Studenten Jesco Genzmer** heißt Transformation gestalten: Veränderungen zu koordinieren und dies gelinge nicht überall gleich – sie hänge stark vom Themenfeld und vom konkreten Orte ab. In seiner Bachelorarbeit hat er die Nutzungsstrukturen von vier historischen Innenstadtkernen in Brandenburg kartiert



Dr. Jana Fuchs, complan Kommunalberatung, moderierte den 7. Stadtentwicklungstag.



Konstantin Böhl vom Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Brandenburg (DKJB) wünscht sich mehr echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadtentwicklung.

und festgehalten, welche konkreten Nutzungen wo zu finden sind. Dabei zeigte sich zum Beispiel, dass sich besonders Leerstände und der Einzelhandel in jeder Stadt anders verteilen, je nachdem wie die Altstadt gewachsen ist. Jede Stadt hat zwar ihre eigenen Muster, aber im Grundsatz stehen sie alle vor ähnlichen Gegebenheiten und Problemen. Und genau hier fängt dann das Koordinieren bzw. das Gestalten an. Aus den Grundlagen gelte es eine Strategie zu entwickeln, wie man die Situation verbessern und den Ort zukunftssicher aufstellen kann. Transformation gestalten, heißt am Ende immer auch zu handeln.

Konstantin Böhl vom Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Brandenburg (DKJB) machte deutlich, dass Kinder und Jugendliche bei der Stadtentwicklung mitreden sollten – schließlich werden Städte auch für ihre Zukunft gestaltet. Gleichzeitig seien junge Menschen nicht nur die Zukunft, sondern schon heute ein wichtiger Teil des städtischen Lebens. Für den Stadtentwicklungstag wünscht er sich deshalb vor allem einen offenen Austausch, bei dem miteinander, statt übereinander gesprochen wird.

INS GESPRÄCH KOMMEN #Reden wir über Stadt. Wer gestaltet die Stadt von morgen – und wie gemeinsam?



Podiumsgespräch mit Andreas Rieger, Manuel Ott, Nora Görke, Dr. Sarah Zalfen, Volker-Gerd Westphal und Uwe Schüler. (v.l.n.r.)



Staatssekretär Volker-Gerd Westphal ist die ganzheitliche und ressortübergreifende Zusammenarbeit wichtig.



- » Volker-Gerd Westphal, Staatssekretär für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
- » Uwe Schüler, Staatssekretär für Inneres und Kommunales des Landes Brandenburg
- » Dr. Sarah Zalfen, Referat für Grundsatzangelegenheiten der Kultur, Kulturelle Bildung und Kulturwirtschaft im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
- » Nora Görke, Bürgermeisterin der Stadt Kyritz
- » Manuel Ott, Co-Founder Dark Horse GmbH
- » Andreas Rieger, Präsident der Brandenburgischen Architektenkammer

Im Gespräch legte **Staatssekretär Volker-Gerd Westphal** dar, dass Stadtentwicklung immer ganzheitlich und ressortübergreifend betrachtet werden muss. Voraussetzung dafür ist die Vernetzung unterschiedlicher Perspektiven sowie eine breite Beteiligung relevanter Akteure. Offene Werkstattformate und experimentelle Ansätze sind wichtige Bestandteile von Transformationsprozessen und sollten durch geeignete Verfahrensregelungen ermöglicht werden. Ein Abweichen von der Kommunalverfassung sei in begründeten Fällen möglich. Der kürzlich erschienene *Leitfaden Kultur* zeige, wie Nutzungspotenziale zusammengedacht und Perspektiven immer wieder zusammengebracht werden können. Ziel ist es, Kommunen auch jenseits bestehender Standards in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Eine kontinuierliche Kommunikation sowie die Einbindung von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und weiteren Akteuren sind entscheidend, um Transformation gemeinsam zu gestalten.



Staatssekretär Uwe Schüler betonte die interkommunale Zusammenarbeit.

Staatssekretär Uwe Schüler betonte die interkommunale Zusammenarbeit, um eine gemeinsame Zukunftsperspektive zu entwickeln. Erfolgreiche Beispiele zeigen das Potenzial kooperativer Ansätze. Voraussetzung für eine gelingende Zusammenarbeit sind der gemeinsame Wille der Beteiligten sowie ein langfristiges Engagement. Starke Städte können nur durch eine verlässliche und kontinuierliche Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinweg gestaltet werden. Dabei braucht es den Willen aller Beteiligten und einen langen Atem.



Referatsleiterin Dr. Sarah Zalfen sprach sich für mutige, nicht zu institutionalisierte neue Kooperationen aus.

Referatsleiterin Dr. Sarah Zalfen will Städte als Zukunftsorte mit vielfältigen Entwicklungspotenzialen verstanden wissen, die weit über ihre Infrastruktur hinausgehen. Krisen können neue Handlungsspielräume eröffnen und Innovation fördern. Erfolgreiche Transformation erfordert flexible nicht zu institutionalisierte Kooperationen mit Beteiligung verschiedenster Akteure sowie eine aktive Veränderungskultur. Unterschiedliche fachliche Perspektiven auf den städtischen Raum sollten systematisch zusammengeführt werden. Regelmäßiger Austausch und eine konstruktive Fehlerkultur unterstützen dabei gemeinsame Lern- und Entwicklungsprozesse. Sie wies zudem auf den kürzlich veröffentlichten Leitfaden des Landes Brandenburg zum Thema „Mit Kultur Innenstadt beleben“ hin.



Bürgermeisterin Nora Görke ermutigte Kommunalverwaltungen zu mehr Kollaboration mit Akteuren der Stadtgesellschaft.

Die **Kyritzer Bürgermeisterin Nora Görke** stellt fest: die Entwicklung der Brandenburger Städte in den letzten 35 Jahren ist ein Erfolg! Dies basiert auf dem Engagement vieler Akteure, die wertgeschätzt werden sollten. Erforderlich sind eine verständliche Kommunikation über Ziele und Maßnahmen, eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Land und



Manuel Ott wies darauf hin, dass auch Verwaltungen lernende Institutionen sind und ein Scheitern eines Transformationsprozesses immer auch Lerneffekte bietet.



Andreas Rieger bot den Kommunen Beratungskompetenz von Seiten der Brandenburgischen Architektenkammer an.

den Kommunen sowie eine stärkere Ausrichtung der Verwaltungsprozesse auf Kollaboration, um Experimente und Innovationen gezielt zu ermöglichen. Zudem sind verständliche und verlässliche Förderprogramme sowie der Aufbau entsprechender Kompetenzen in den Verwaltungen wichtige Voraussetzungen, um Transformationsprozesse erfolgreich zu gestalten. Ihr Credo: die Verwaltungen müssen „auch mal lockerlassen“, um diese Prozesse zuzulassen.

Manuel Ott hielt ein Plädoyer auf die Transformation als gut orchestriertes Zusammenspiel aller Beteiligten und vielen Einzelmaßnahmen – getragen von guter Kommunikation. Wichtig sei, auch den Prozess nach einem Scheitern zu definieren, Lerneffekte zu erkennen und damit den weiteren Transformationsprozess positiv zu besetzen. Die Schnittstelle zwischen den Ministerien und den Kommunen sei hier besonders wichtig.

Der **Präsident der Brandenburgischen Architektenkammer, Andreas Rieger**, stellte die Förderung von Lebensqualität und Baukultur in den Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung. Kooperative, gemeinwohlorientierte Zusammenarbeit und offene Beteiligungsformate schaffen Raum für frühzeitigen Austausch und ergebnisoffene Entwicklung. Fachinstitutionen wie die Architektenkammer können diesen Prozess beratend begleiten. Es fehle zudem oft eine realistische Erwartungskultur, die das mögliche Scheitern in Planungs- und Entwicklungsprozessen anerkennt und den öffentlichen Diskurs begleitet. „Eine Rede entsteht beim Schreiben, ein Entwurf beim Zeichnen und Stadtentwicklung im gemeinsamen Prozess.“

WERK-STÄDTE: Gemeinsam Hebel finden. Zukunftsaufgaben vernetzt angehen.

Vital, weil kooperativ. Warum das WIR gewinnt und alle Stadt gestalten können.

Im Wettbewerb der Städte kommt es darauf an, die Werte, Qualitäten und Kompetenzen der eigenen Stadt zu erkennen und zu profilieren. Die Identifikation der Stadtgesellschaft mit Zielen und Vorhaben ist ausschlaggebend für eine aktive Mitwirkung und Unterstützung lokaler Planungs- und Entwicklungsprozesse.



- » Moderation: Birgit Würdemann (complan Kommunalberatung) und Katrin Heinz (EBP)
- » Impuls I: Andreas Kaufmann, Büro Kaufmann, Leipzig
- » Impuls II: Jonas Langenberg, Projektleiter im Amt für Stadtentwicklung und Umwelt der Fontanestadt Neuruppin

Diskussionspartnerinnen und -partner:

- » Konstantin Böhl, Vertreter des Dachverbands der Kinder- und Jugendgremien Brandenburg
- » Christine Bullerdieck, Kinder- und Jugendkoordinatorin Bad Belzig
- » Sinah Hackenberg, Co-Leiterin COCO – Stadtlabor Commoning Cottbus
- » Ilona Weisemann, Citymanagerin der Stadt Seelow



Andreas Kaufmann erläuterte die wichtigsten Zukunftsthemen für Innenstädte und Zentren – und warum Gemeinschaft gewinnt und Glitzer manchmal hilft.

Den Auftakt des Forums gestalteten **Andreas Kaufmann** mit dem Beispiel „Stadtmensch Altenburg“ und **Jonas Langenberg**, Projektleiter im Amt für Stadtentwicklung und Umwelt der Fontanestadt Neuruppin, mit der Vorstellung des Projekts „Dein Park. Deine Stadt“. Beide Beiträge zeigten, wie Beteiligung konkret organisiert werden kann und welche Wirkung sie auf die Entwicklung von Stadtquartieren und öffentlichen Räumen entfaltet. In Neuruppin wurde ein lange wenig genutzter Stadtpark gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere mit Schülerinnen

und Schülern, weiterentwickelt. Die dabei gewonnenen Erfahrungen fließen inzwischen auch in Projekte zur Belebung der Innenstadt ein. Mit Formaten wie den „Zukunftsfenstern“ werden junge Menschen gezielt eingeladen, ihre Ideen für die Stadtentwicklung einzubringen.



Jonas Langenberg (Mitte) berichtete, wie die positiven Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen aus „Dein Park“ erfolgreich in das Projekt „Deine Stadt“ übertragen wurden.



Ilona Weisemann (Mitte) und Christine Bullerdieck (rechts) veranschaulichten mit positiven Beispielen aus ihren Städten, wie engagiertes und professionelles Kümern eine erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht.



Konstantin Böhl (Mitte) schilderte aus Sicht von Jugendlichen, welche Erfahrungen sie mit Kinder- und Jugendbeteiligung machen und worauf es dabei ankommt.

In der anschließenden Diskussion mit **Christine Bullerdieck** (Stadt Bad Belzig), **Konstantin Böhl** (Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Brandenburg), **Sinah Hackenberg** (COCO – Stadtlabor Commoning Cottbus) und **Ilona Weisemann** (Citymanagerin der Stadt Seelow) stand die Frage im Mittelpunkt, wie Beteiligung dauerhaft gelingen kann. Ein wichtiger Aspekt war die Rolle von sogenannten Stadtkümmernern. Unabhängig von ihrer konkreten Stellenbezeichnung fungieren sie als Ansprechpartner, Netzwerker und Vermittler zwischen Verwaltung, Initiativen, Vereinen, Unternehmen und Bürgerschaft. Sie bringen Akteure zusammen, begleiten Projekte und sorgen dafür, dass Ideen nicht versanden. Die Beispiele aus Neuruppin und Seelow zeigten, dass diese Funktion von einzelnen Personen, aber auch von Netzwerken aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft übernommen werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. **Konstantin Böhl** erläuterte die Arbeit kommunaler Jugendgremien, die jungen Menschen ermöglichen, Verantwortung zu übernehmen und eigene Projekte umzusetzen. Zugleich wurde deutlich, dass Jugendbeiräte allein nicht ausreichen, um alle Zielgruppen zu erreichen. Bad Belzig, Seelow und Neuruppin setzen deshalb auf ergänzende Formate wie Jugendstammtische, projektbezogene Beteiligungen oder konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten bei Planungsprozessen. Entscheidend für den Erfolg ist, dass die Beteiligten sichtbare Ergebnisse ihrer Arbeit erleben.

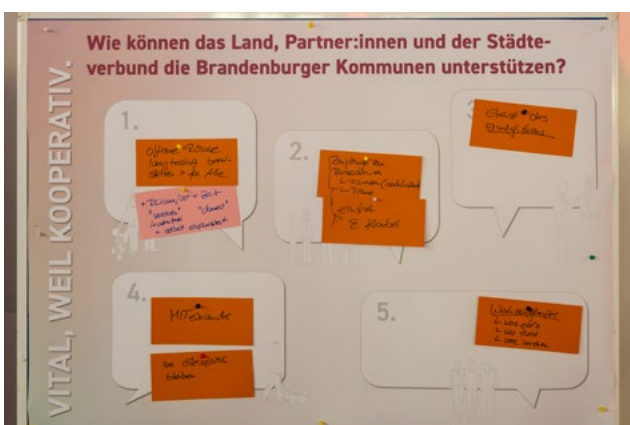
Sinah Hackenberg stellt mit dem COCO in Cottbus ein Beispiel für einen niedrigschwelligen Begegnungsort vor. Das von Studierenden initiierte



Sinah Hackenberg (links) stellte den studentisch initiierten Begegnungsort COCO in Cottbus vor und erläuterte, wie dessen erfolgreiche Weiterführung sichergestellt werden konnte.



Birgit Würdemann (2. von links) und Katrin Heinz (links) moderierten die Werk-Stadt.



Projekt schafft einen konsumfreien Raum für Austausch, gemeinsame Aktivitäten und neue Kooperationen. Die Diskussion zeigte insgesamt, dass erfolgreiche Stadtentwicklung vor allem dort gelingt, wo engagierte Menschen unterstützt, Netzwerke gestärkt und Beteiligungsmöglichkeiten dauerhaft verankert werden.

Botschaften aus der Werk-Stadt:

- **Offene Räume für alle sichern** – langfristig zugängliche Orte schaffen, die Begegnung, Austausch und Engagement ermöglichen.
- **Ressourcen einfach zugänglich machen** – Finanzierung, Räume und Unterstützung durch niedrigschwellige Angebote, beispielsweise über eine zentrale Ansprechperson („Kümmerer“), unbürokratisch, flexibel und bedarfsgerecht bereitstellen.
- **Miteinander im Gespräch bleiben** – regelmäßigen Austausch ermöglichen, unterschiedliche Perspektiven zusammenbringen und gemeinsam an der Zukunft der Innenstadt arbeiten.
- **Einen Werkzeugkasten für die Umsetzung bereitstellen** – mit guten Beispielen werden Ideen schnell zu sichtbaren Projekten.
- **Eine Kultur des Ermöglichens stärken** – den Geist von Offenheit, Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung sichtbar machen und leben.

WERK-STÄDTE: Gemeinsam Hebel finden. Zukunftsaufgaben vernetzt angehen.

Hin und weg. Warum Erreichbarkeit und Anbindung entscheidend sind.

Multimodale Anbindung, aussagekräftige Wegweisung, kurze Wege und sichere Routen bringen Städte in Bewegung. Wer Gewohnheiten ändern will, muss Qualitäten schaffen – für alle Bedürfnisse und Lebenslagen. Was braucht es für eine bedarfsgerechte, vielfältige und sichere Mobilität in der Stadt – vom Bahnhofsvorplatz bis zur Innenstadt?



- » Moderation: Beate Bahr (complan Kommunalberatung) und Lukas Hellwig-Tüns (EBP)
- » Impuls I: Gute Erreichbarkeit gestalten: Hintergründe, Instrumente und kommunale Handlungsspielräume, Dr. Alexander Rammert, STRATMO Strategische Mobilitätsplanung
- » Impuls II: Standards für Bahnhofsvorplätze, Franziska Sack, Kompetenzstelle Bahnhofsvorplatz und Anschlussmobilität der DB InfraGO
- » Impuls III: Fahrradparkhaus Eberswalde, Ilja Haub, Baudezernent der Stadt Eberswalde



Dr. Rammert (Stratmo) referiert in seinem Impulsbeitrag zur Frage der Erreichbarkeit.

In seinem Impulsbeitrag erläutert **Dr. Alexander Rammert** wie gute Erreichbarkeit gestaltet werden kann. Der Faktor Erreichbarkeit ist in mehreren Dimensionen zu berücksichtigen: strukturell als messbare Größe, individuell infolge von Ressourcen und Möglichkeiten und drittens gibt es noch eine wahrnehmbare Erreichbarkeit, die individuell sehr unterschiedlich sein kann. Daher ist Beteiligung ein wichtiger Schritt, um in der Planung verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen.

Als Basis für die Umsetzung dienen integrierte Konzepte (u.a. Mobilitätsplan), um die Maßnahmen gut zu begründen, zu priorisieren und eine Förderfähigkeit herzustellen. Der Weg vom Wunsch zur Maßnahme: Ziel begründen » Konzept nutzen » Zuständigkeit klären » Anordnung beantragen » Wirkung prüfen.

Franziska Sack stellt die Kompetenzstelle Bahnhofsvorplatz und Anschlussmobilität der DB InfraGO vor, die den Kommunen als Ansprechpartnerin und Partnerin für eine ganzheitli-



Beate Bahr moderiert gemeinsam mit Lukas Hellwig-Tüns diese Werk-Stadt.



Ilja Haub, Dezernent in Eberswalde, berichtet vom Umbau des Bahnhofs Eberswalde zur Mobilitätsdrehscheibe inklusive Fahrradparkhaus.

che Entwicklung von Bahnhof und Bahnhofsumfeld zur Seite steht. Die Entwicklung von Bahnhof und Bahnhofsvorplätzen erfordert einen breiten Blick auf Bedarfe, Anforderungen und lokale Gegebenheiten. Ziel der DB InfraGO ist es, bis zum Jahr 2035 bundesweit 1.000 Zukunftsbahnhöfe zu gestalten.

Mit der Umgestaltung des Bahnhofsumfeld hat **Ilja Haub**, Dezernent in Eberswalde, Erfahrung. Die Stadt baut den Bahnhof zur Mobilitätsdrehscheibe aus, hat u.a. ein Fahrradparkhaus gebaut und plant die weitere Erschließung und Entwicklung von Flächen im Umfeld.

Gruppendiskussion:

In der anschließenden Diskussion wird angemerkt, dass in die Neu- und Umgestaltung von Bahnhöfen und Bahnhofsvorplätzen verschiedene Akteure, Partner und Eigentümer involviert sind: von der Deutschen Bahn über die Kommune, ggfs. sind Landesstraßen anliegend, der Landkreis als ÖPNV-Träger und/oder weitere Eigentümer. Damit sind Infrastrukturprojekte wie eine Bahnhofsum-

gestaltung immer auch als große Kommunikations- und Koordinierungsaufgaben zu verstehen, für die vor allem in kleineren Gemeinden kaum Kapazitäten vorhanden sind. Ein wesentliches Thema ist das der Flächenverfügbarkeiten, z.B. haben die Kommunen keinen Handlungsspielraum, wenn es um Flächen der Bahn oder auch des Straßenbaulastträgers geht. Hier sind eine frühzeitige Kommunikation und Mitsprache der Kommunen förderlich. Information und Kommunikation zwischen allen Beteiligten und Betroffenen sind demnach eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen.

Zudem wird darauf verwiesen, dass die ÖPNV-Angebote vor allem im ländlichen Raum und in kleinen Gemeinden immer weiter reduziert werden. Verantwortlich für das Angebot ist das Land als Besteller dieser Leistungen. Die Akteure des Landes und der Landkreise sollten einen verlässlichen und angebotsorientierten Nahverkehr bestellen; Taktung, Standards und Qualitäten sollen gesichert und ausgebaut werden, um Mobilität, Teilhabe und Daseinsvorsorge zu sichern.



Als weiteres Thema wurde diskutiert, dass neben der Gestaltung der Bahnhöfe und Vorplätze für die Nutzung des ÖPNV die Verbindungsachsen in den Ortskern bzw. die Innenstadt sowie die Anschlüsse wichtig sind. Im Land Brandenburg liegen die Bahnhöfe oft außerhalb des Orts- oder Stadtkerns. Diese Verknüpfungen sind in den Blick zu nehmen, fuß- und radfreundliche Wegeführungen sind als zentrale Achsen zu priorisieren und herzustellen. Zudem müssen die Umstiegsmöglichkeiten an Bahnhöfen auf Bus, Pkw und Fahrrad gestärkt und als multimodale Knotenpunkte ausgebaut werden. Damit kommt den Themen Bike+Ride, Park+Ride sowie dem Umstieg in den regionalen und städtischen Busverkehr eine wichtige Rolle zu. Da der ÖPNV-Takt in ländlichen Regionen vielfach ausgedünnt ist, sollen zusätzlich innovative Mobilitätsangebote gefördert, getestet und durch das Land begleitet werden.

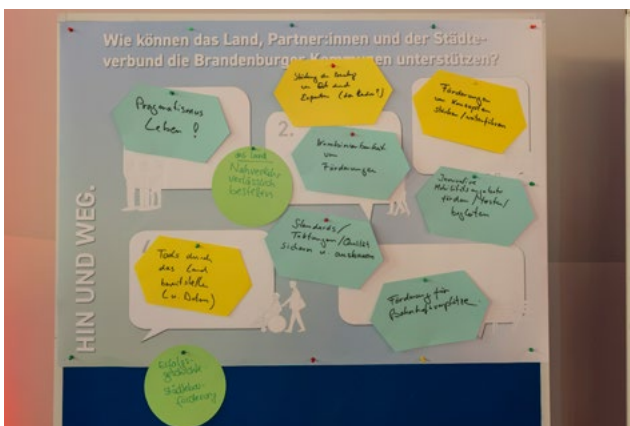
Als Erfolgsgeschichte wird die Städtebauförderung hervorgehoben, die sich als gutes Förderinstrument in den Kommunen bewährt hat. Darüber hinaus wünschen sich die Kommunen eine stärkere Kombinierbarkeit von Fördermitteln, um verschiedene themenbezogene Fördertöpfe für integrierte Projekte verknüpfen zu können. Denkbar wäre auch eine explizite Förderung integrierter Planung von Bahnhöfen und Bahnhofsvorplätzen mit all seinen unterschiedlichen Einzelbausteinen (Platzgestaltung, Wegeführung, B+R, Ausstattung, Grün usw.). Dies kann dazu beitragen, komplexe Projekte bereits in Phase 0 gemeinsam mit verschiedenen Partnern anzugehen.

In Bezug auf die Kosten ist im Blick zu behalten, dass es neben den ggfs. geförderten Investitionskosten für Bauvorhaben einer laufenden Bewirtschaftung und Instandhaltung bedarf. Hier sind die Kommunen gefragt, diese Folgekosten zu stemmen, hier greifen aktuelle Förderungen oft zu kurz.

Für die Planung von Mobilitätsprojekten sind belastbare Datengrundlagen essenziell; die Brandenburger Kommunen könnten durch zentral bereitgestellte Datensätze des Landes profitieren. Kommunale Konzepte und Strategien auf verfügbaren Daten aufzubauen, kann Kosten für die Kommunen reduzieren. Durch die Bereitstellung digitaler Tools und Baukästen kann das Land die Kommunen bei der Begleitung der Mobilitätswende unterstützen.

Botschaften aus der Werk-Stadt

- **Kommunizieren und koordinieren:** Eine frühzeitige Information, Kommunikation und Mitsprache zwischen allen Beteiligten und Betroffenen trägt zum Gelingen komplexer Vorhaben bei.
- **Bestellen und finanzieren:** Ein verlässlicher Nahverkehr ist die Basis für die Kommunen, um sich weiterzuentwickeln. Das Land ist aufgefordert, den Nahverkehr auch zukünftig zu sichern und auszubauen.
- **Verknüpfen und verbinden:** Die stärkere Kombinierbarkeit von Fördermitteln ist anzustreben, damit die Kommunen verschiedene themenbezogene Fördertöpfe nutzen können.



- **Kombinieren und pragmatisch agieren:** Das Land sollte bei der Bereitstellung digitaler Tools und Baukästen unterstützen, innovative Mobilitätsangebote fördern und begleiten und insgesamt pragmatisch handeln.

WERK-STÄDTE: Gemeinsam Hebel finden. Zukunftsaufgaben vernetzt angehen.

Nachhaltig und wohltemperiert.

Warum Klimafragen über Lebensqualität bestimmen.

Klimaschutz und Klimaanpassung, Wärmewende und Energieeffizienz sind hochaktuelle Strategie- und Investitionsaufgaben für die Kommunen. Welche Weichen stellt das kommunale Planen, Entscheiden und Investieren heute für die Lebensqualität von morgen? Wie werden Wärmewende und die Anpassung an den Klimawandel im Stadtraum zusammengebracht?



- » Moderation: Claudia Mucha (complan Kommunalberatung) und Dr. Heike Liebmann (B.B.S.M.)
- » Impuls I: Stephanie Müller, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umwelt, Deutsches Institut für Urbanistik
- » Impuls II: Lars Schmäh, Fachbereichsleiter Klima, Umwelt und Grünflächen der Landeshauptstadt Potsdam
- » Impuls III: Matthias Remus, Erster Beigeordneter der Stadt Rathenow
- » Impuls IV: Thekla Seifert, Fachbereichsleiterin Kurstadtentwicklung und Viola Kaspar, BSG Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH



Stephanie Müller stellte die Rahmenbedingungen für Klimaschutz, Wärmewende und Klimaanpassung dar.

Mit einem Impuls zu den aktuellen Rahmenbedingungen, Förder- und Beratungsangeboten im Bereich Klimaschutz, Wärmewende und Klimaanpassung eröffnete **Stephanie Müller**, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umwelt am Deutschen Institut für Urbanistik die Werk-Stadt. Sie stellte Schnittmengen und Anknüpfungspunkte dieser Querschnittsaufgaben in unterschiedlichen Fachbereichen dar und verdeutlichte damit die Notwendigkeit der ganzheitlichen Betrachtung bei der Entwicklung des Stadtraumes.

Lars Schmäh, Fachbereichsleiter Klima, Umwelt und Grünflächen der Landeshauptstadt Potsdam führte anschließend zur Wärmewende als kommunale Steuerungsaufgabe aus. Die Stadt hat den gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Wärmeplan vorliegen und somit einen Überblick zu den Eignungsgebieten für Wärmenetze, die als Verdichtungs-, Erweiterungs- oder als Prüfgebiete ausgewiesen sind. Darauf aufbauend wurden formellen und informellen Instrumente zur Steuerung der Umsetzung in den Blick genommen und Verfahrensempfehlungen im Städtebau abgeleitet.



Lars Schmäh präsentierte Verfahrensempfehlungen zur Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung.



Claudia Mucha und Dr. Heike Liebmann moderierten gemeinsam diese Werk-Stadt.



Matthias Remus, Erster Beigeordneter der Stadt Rathenow führte anschließend zur Umsetzung der Wärmewende im Bereich der Altstadtinsel Rathenows aus. Für den südlichen Bereich der Altstadtinsel wurde ein integriertes, energetisches Quartierskonzept erstellt, dass im Ergebnis darauf abzielt, die Energieversorgung von Öl und Gas auf nachhaltige Alternativen wie Flusswärme und Solarenergie umzustellen und den Energieverbrauch gleichzeitig durch energetische Sanierungsmaßnahmen zu senken. Zum Erfolg des Projektes trägt unter anderem bei, dass der Wärmelieferant und die Wohnungswirtschaft als Abnehmerin der Wärme partnerschaftlich zusammenarbeiten und ihre Interessen in Bezug auf die gemeinsame Umsetzung bündeln. Als weiterer Erfolgsfaktor gilt die frühzeitige Information und Einbindung der Stadtpolitik in den Prozess. „Das hat Transparenz geschaffen und die politische Unterstützung frühzeitig abgesichert“, betont Matthias Remus.

In der anschließenden Diskussion wurde festgehalten, dass es wichtig sei, Verbindlichkeit der kommunalen Wärmeplanung herzustellen. Dafür gilt es, einen verlässlichen Rahmen für die Umsetzung zu schaffen, Prozesse zu organisieren, verschiedene Planungen zusammenzuführen und damit die Umsetzung der Wärmewende voranzubringen. Entscheidend ist, alle relevanten Akteure frühzeitig und kontinuierlich einzubinden sowie die Unterstützung der Verwaltungsspitze für die

Wärmewende und auch die Klimaanpassung sicherzustellen. In der Diskussion wurde ebenfalls festgehalten, dass die gesetzliche Verpflichtung zur kommunalen Wärmeplanung die Chance bietet, ins Handeln zu kommen und die erheblichen Investitions Herausforderungen der Wärmewende zu bewältigen. In diesem Zusammenhang hätte die Überschrift der Werk-Stadt eigentlich lauten müssen „nachhaltig, wohltemperiert und dauerhaft bezahlbar“, merk-

ten die Teilnehmenden an. Die Wärmeplanung muss sowohl auf gesamtstädtischer Ebene als auch auf Quartiersebene in die Stadtentwicklungsplanung eingebettet werden. Für die Umsetzung sind geeignete Steuerungsinstrumente wie das besondere Städtebaurecht, städte-



Christian Kielczynski bringt seine Erfahrungen als Stadtplanungsamtsleiter in Oranienburg in die Diskussion ein.

bauliche Verträge, Denkmalrechtssatzungen oder Fernwärmesatzungen in Betrachtung zu ziehen. Die Erarbeitung eines integrierten energetischen Quartierskonzeptes ist das passende Instrument für die vertiefende Untersuchung auf Quartiersebene. Deutlich wurde aber auch, dass der nachhaltige Umbau der Wärmeversorgung ohne ausreichend Unterstützung durch Fördermittel nicht im gebotenen Maße umsetzbar sein wird.

Im vierten Impuls führten **Thekla Seifert**, Fachbereichsleiterin Kurstadtentwicklung und **Viola Kaspar**, BSG Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH zum aktuellen Prozess der Umgestaltung des historischen Marktplatzes in der Stadt Templin aus. Anlass der Umgestaltung waren der Bedarf an Klimaanpassung, bspw. durch Trinkbrunnen und mehr Grün, aber auch der Wunsch nach einer verbesserten Barrierefreiheit. Die zentrale Frage im Prozess – der noch nicht abgeschlossen ist – lautet, wie sich Klimaanpassungsmaßnahmen, Denkmalschutz und eine aktive Marktnutzung verbinden lassen. Daher wurden die Denkmalpflege und verschiedene Interessengruppen bereits frühzeitig eingebunden, um die Leitplanken für die Umgestaltung abzustimmen. Erst im Anschluss fand die Öffentlichkeitsbeteiligung statt. So können Zielkonflikte frühzeitig erkannt, konstruktiv ausgehandelt und tragfähige Lösungen entwickelt werden. Zur Beantwortung der sich daraus ergebenden Fachfragen werden aktuell technische Gutachten angefertigt.



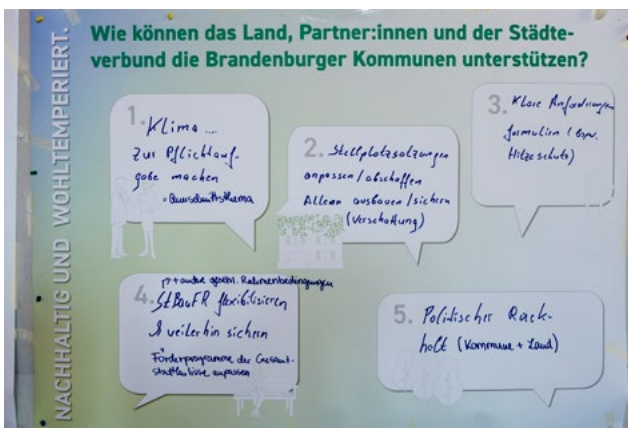
Thekla Seifert und Viola Kaspar erläutern den Prozess der Marktplatzumgestaltung in Templin.



Dr. Heike Liebmann (links) hält die Diskussionsergebnisse fest.



Mario Behrnd, Abteilungsleiter beim Landesamt für Bauen und Verkehr, geht auf die Städtebauförderung ein.



In der abschließenden Diskussion wurde nochmals darauf hingewiesen, dass Kommunen verpflichtet sind, Klimafolgenanpassung in allen Handlungsfeldern mitzudenken. Dafür ist es wichtig, das Bewusstsein in den verschiedenen Fachressorts für die Auswirkungen auf ihre jeweiligen Aufgaben zu stärken. Klimaschutz und Klimaanpassung sind Querschnittsthemen, die nur durch integrierte und ganzheitliche Planungsansätze wirksam umgesetzt werden können. Angemerkt wurde, dass obwohl Förderprogramme häufig auf einzelne Quartiere oder die Kernstadt ausgerichtet sind, viele Herausforderungen konzeptionelle Lösungen für die Gesamtstadt erfordern. Hier besteht Anpassungsbedarf in der Fördersystematik.

Botschaften aus der Werk-Stadt:

- Klimaschutz und Klimaanpassung als wichtige Querschnittsthemen zur Pflichtaufgabe machen und Kontinuität im Handeln trotz schwieriger Haushaltslagen sichern
- Bei der Maßnahmenabwägung auch Kostenrisiken im Blick haben, wenn Klimaanpassungsmaßnahmen oder Maßnahmen zum Klimaschutz nicht umgesetzt werden
- Klare Anforderungen an Kommunen z.B. beim Thema Hitzeschutz formulieren, wenig Spielraum für Interpretationen und Abweichungen zulassen
- Politischen Rückhalt auf kommunaler und Landesebene schaffen, um Skepsis entgegenzuwirken und kommunalem Handeln eine Grundlage zu bieten
- Stellplatzsatzungen anpassen bzw. abschaffen, Nutzungskonkurrenz im öffentlichen Raum verringern und Klimaanpassungsmaßnahmen voranbringen
- Städtebauförderung flexibilisieren und weiterhin sichern und bei Förderprogrammen den gesamtstädtischen Zusammenhang im Blick behalten

WERK-STÄDTE: Gemeinsam Hebel finden. Zukunftsaufgaben vernetzt angehen.

Für alle, für uns. Warum Wohnen und Wohlfühlen das gesellschaftliche Gleichgewicht stärken.

Bezahlbarer Wohnraum, attraktive Wohnfolgeeinrichtungen und Orte, die Nachbarschaft und Miteinander fördern, sind Fundament und Ergebnis vorausschauender Planung und wirksamer Steuerung. Welche Antworten braucht es, um Räume für Menschen und Stadtgesellschaft proaktiv zu gestalten?



- » Moderation: Claudia Pötschick (complan Kommunalberatung) und Dr. Anne Volkmann (B.B.S.M.)
- » Impuls I: Matthias Brauner, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V., Leiter Landesgeschäftsstelle Potsdam
- » Impuls II: Silvana Kubasch, Stadt Wittstock/Dosse, Amt für Stadtentwicklung
- » Impuls III: Susanne Branding, Wohnungsgesellschaft Erkner mbH
- » Impuls IV: Liza Baranowski, stellv. Bürgermeisterin Luckenwalde, Fachbereichsleitung Bau & Wirtschaft



Matthias Brauner über den aktuellen Wohnungsmarkt: „Geht es Berlin gut, geht es auch Brandenburg gut!“

Matthias Brauner eröffnete die Werk-Stadt mit einem Impuls zur aktuellen Lage des Wohnungsmarktes in Brandenburg. Aktuell befinde sich der Wohnungsbau in einer Krise, was vor allem auf einen extremen Anstieg der Bauzinsen zurückzuführen sei. Um mehr Wohnraum errichten zu können, sei daher eine Kostensenkung zwingend notwendig. Der BBU setzt sich für eine Reduzierung durch Standardisierung und Optimierung ein. Bei der Bewertung von Daten zu Mieten und Leerstand in Brandenburg müssen die räumliche Verteilung sowie die Nähe zu Berlin berücksichtigt

werden. Zudem sei der seit 2014 anhaltende Zuzug nach Brandenburg seit 2023 deutlich abgeschwächt. Matthias Brauner empfiehlt daher, verstärkt auch die Nachfrageseite in den Blick zu nehmen.

Den zweiten Impuls brachte **Silvana Kubasch** aus dem Amt für Stadtentwicklung der Stadt Wittstock/Dosse in die Werk-Stadt ein. Die Stadt beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Rück-



Silvana Kubasch berichtet von neuen Wohnbedarfen aufgrund des demografischen Wandels.



Claudia Pötschick und Dr. Anne Volkmann moderierten diese Werk-Stadt.



bau und Modernisierung. Ausgangspunkt war ein Wohnungsüberhang, welcher infolge des demografischen Wandels und anhaltender Abwanderung entstand und weiterhin besteht. Gleichzeitig entsprechen viele der vorhandenen Wohnungen nicht mehr den Bedürfnissen der heutigen Bevölkerung, die verstärkt individuelle und bedarfsgerechte Wohnformen nachfragt. Die strategische Zielsetzung der Stadt bestehe neben einer Modernisierung von Wohnungsbeständen darin, Wohnungsbestände durch Rückbau zu reduzieren und die freiwerdenden Flächen der Natur „zurückzugeben“. Der Rückbau wird überwiegend mit Mitteln der Städtebauförderung finanziert. Die anschließende Renaturierung der Flächen erfolgt im Rahmen des Konzeptes „Grünes Band“, zum Teil als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Als weitere Herausforderung in Wittstock wurde die Wohnraummobilität älterer Menschen benannt. Viele Eigentümerinnen und Eigentümer von Einfamilienhäusern würden ihre Immobilien gerne veräußern, um in Wohnungen umzuziehen. Allerdings gestaltet sich der Verkauf der Häuser schwierig.

Auf Nachfrage aus dem Publikum wurde erläutert, dass in Wittstock derzeit keine spezifische Ansprache von Rückkehrerinnen und Rückkehrern erfolgt. Eine in der Vergangenheit eingerichtete Rückkehrerplattform habe nicht die erhoffte Resonanz erzielt und sei daher nicht weiterverfolgt worden.

In der Diskussion wurde zudem deutlich, dass die knappen Haushaltslagen in vielen Kommunen

dazu führen, dass Maßnahmen verschoben werden müssen und wichtige Entwicklungen nicht weiterverfolgt werden können. Der Fokus wird auf kleinere Projekte umgelenkt, wodurch die Städtebauförderung nicht immer optimal genutzt werden könne. Zudem stelle das Aufbringen der Eigenanteile eine große Hürde dar. Der Wunsch über das Sondervermögen des Bundes



Susanne Branding betont die soziale Mischung in den Quartieren.



eine Ko-Finanzierung von Fördermitteln zu ermöglichen ist daher groß.

In ihrem Impuls machte **Susanne Branding**, Geschäftsführerin der Wohnungsgesellschaft Erkner mbH, die Bedeutung der Sanierung und Weiterentwicklung des vorhandenen Bestands deutlich, insbesondere mit einem Fokus auf die Quartiersentwicklung. Vor Ort besteht ein breiter politischer Rückhalt: Aufsichtsrat und Stadtverordnete unterstützen die Ausrichtung des Unternehmens auf Bestandsqualifizierung und -erweiterung. Städtische Flächen werden der Wohnungsgesellschaft grundsätzlich zuerst angeboten. Als gutes Beispiel für eine Qualifizierungsmaßnahme präsentierte sie die Fassadenbegrünung eines Plattenbaus in Erkner. Diese werde sehr gut aufgenommen. Auch aus dem Publikum kam positives Feedback von einer Bewohnerin der Stadt: „Wie man so mit einem Plattenbau umgehen kann, da blicken wir alle sehr wohlwollend drauf“.

Die Investitionen beschränken sich in Erkner nicht allein auf die Gebäude selbst, sondern umfassen auch die Gestaltung des Wohnumfelds. Ein besonderer Fokus liegt auf der Schaffung von Begegnungsräumen und einer höheren Aufenthaltsqualität im Quartier unter Einbeziehung der Bewohnerschaft. Ziel ist es, Strukturen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts aufzubauen, die sich langfristig selbst tragen. Dazu werden bewusst auch unkonventionelle

Lösungen verfolgt. Auch die Daseinsvorsorge wird mitgedacht: „Ich arbeite ganz aktiv daran, Ärzte anzusiedeln!“, sagt Susanne Branding. Gleichzeitig betont sie, dass eine funktionierende soziale Mischung im Quartier wichtig ist. Bei einer Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel müssen daher Angebote für unterschiedliche Einkommensgruppen geschaffen werden.



Liza Baranowski stellte den integrierten Ansatz beim Bildungsknotenpunkt in Luckenwalde vor.



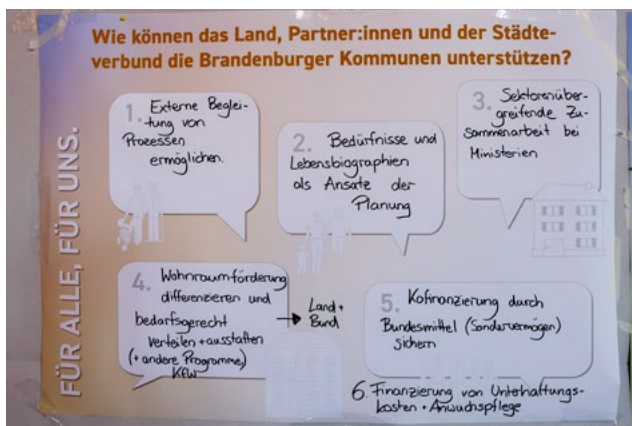
Der vierte Impuls wurde von **Liza Baranowski**, stellvertretende Bürgermeisterin von Luckenwalde und Fachbereichsleiterin für Bau und Wirtschaft, vorgestellt. Im Mittelpunkt stand ein integrierter Ansatz, der Bildung, Jugend- und Sozialhilfe, Bauen und Stadtentwicklung eng miteinander verknüpft: der Bildungsknotenpunkt an der ehemaligen Postschule in Luckenwalde. Hier wurden verschiedene Einrichtungen wie Kita, Hort, Jugendclub, Mehrgenerationenhaus und Mehrzweckhalle räumlich und konzeptionell zusammengeführt, Frau Baranowski: „Mir war einfach wichtig, die Synergien an dem Standort zu bündeln!“ Ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Projekts war, dass von Beginn an gemeinsam mit den späteren Nutzerinnen und Nutzern geplant wurde. Die Bereitschaft zur freien Ideenentwicklung wurde dabei als besonders wichtig betont: „Wir nehmen jetzt mal die Schere aus dem Kopf – ‚Was können wir uns eigentlich leisten?‘ – Und

machen mal eine Vision auf!“ Finanziert wurde das Vorhaben im wesentlichen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Eine Herausforderung bei der Umsetzung war die hohe Personalfluktuation in den beteiligten Einrichtungen, welche die kontinuierliche Abstimmung erschwerte. Eine weitere zentrale Herausforderungen waren die unterschiedlichen Förderlogiken verschiedener Programme. Insbesondere Beteiligungs- und Kommunikationsprozesse sowie die Dauer von Verfestigungsprozessen werden in der Förderung meist unzureichend berücksichtigt, was den Umsetzungsdruck zum Teil sehr erhöht. Letztlich war auch die Abstimmung der jeweiligen rechtlichen Rahmenbedingungen eine Herausforderung. Für einen lebendigen und multifunktionalen Standort sei es notwendig, dass Räume flexibel und mehrfach genutzt werden können, dem stünden gesetzliche Regelungen jedoch häufig im Wege.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass das Gelingen komplexer Vorhaben – die für die Städte und die Region große Potenziale bergen – auf allen Ebenen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit erfordert, welche insbesondere in den Landesministerien häufig noch nicht etabliert sei. Förderstrukturen und rechtliche Rahmen sollten insgesamt stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen integrierter Stadtentwicklungsprojekte ausgerichtet werden.

Botschaften aus der Werk-Stadt:

- Stadtentwicklung für und mit den Menschen in den Städten gestalten und an den Lebensbiografien ausrichten
- Förderstrukturen und rechtliche Rahmenbedingungen stärker an den tatsächlichen Bedarfen integrierter Stadtentwicklungsprojekte ausrichten
- Förderprogramme für Wohnbauentwicklung und Soziale Infrastrukturen synchronisieren
- Finanzierung von Unterhaltungskosten und Anwuchspflege in Förderprogramme aufnehmen, da sonst Nachhaltigkeit von Förderprojekten ggf. nicht gesichert werden kann
- Unterstützung in der Prozessgestaltung von der Ideenfindung, über Planung und Umsetzung bis zur tragfähigen Verstetigung von Strukturen in finanziellen Förderungen abbilden



- Wohnraumförderung differenzieren und bedarfsgerechter verteilen
- Kofinanzierungen absichern als Gemeinschaftsaufgabe von Bund-Land-Kommune
- integrierte sektorenverbindende Stadtentwicklung erfordert eine übergreifende ministerielle Abwägung rechtlicher Grundlagen

UND NUN? #VOM AUSTAUSCH ZUR ZUSAMMENARBEIT ...im Gespräch mit Vertreter:innen der Werk-Städte



Antje Bruno moderierte die Abschlussrunde mit den Vertreter:innen aus den vier Werk-Städten.

» Moderation: Antje Bruno, DENKRAUMSTADT

Im Abschlussgespräch kamen Vertreter:innen jeder Werk-Stadt zu Wort, um die Diskussion zusammenzufassen und Botschaften der Kommunen an das Land Brandenburg und an die Plattform Starke Städte zu formulieren.

Botschaften an die Landesebene

- » Alle Ebenen brauchen die gleichen Ziele und den Willen diese zu verfolgen
- » Leitplanken müssen definiert werden, an denen gemeinsames Handeln ausgerichtet und priorisiert werden kann
- » Es braucht eine Haltung zu Folgekosten die sich aus der Zielverfolgung globaler, internationaler und nationaler Abkommen (bspw. Klimaabkommen) ergeben. Kommunen müssen dazu handlungsbefähigt werden. Viele Schritte sind hier schon gemacht worden, Ressourcen werden aber oft auch falsch eingesetzt, weil der zweite vor dem ersten Schritt gemacht wird (Bsp. Ausbau Windenergie und Ausbau Netze)
- » Stadtstrukturen und -größen, sowie die Ressourcen in den Verwaltungen müssen besser berücksichtigt werden – Differenziertheit der Städte im Land Brandenburg sollte sich in den Rahmenbedingungen und den Förderprojekten abbilden
- » Fördermittelvielfalt auf Widersprüche prüfen – einfachere und mehr Kombinationen ermöglichen
- » Kommunikation – Städtenetze nutzen



Konstantin Böhl als Jugendvertreter und Jonas Langenberg aus Neuruppin für die Werk-Stadt „Vital, weil kooperativ. Warum das WIR gewinnt und alle Stadt gestalten können“



Michael Reichl, Fachbereichsleiter für Stadtentwicklung in Eisenhüttenstadt und Ilja Haub, Baudezernent in Eberswalde für die Werk-Stadt „Hin und weg. Warum Erreichbarkeit und Anbindung entscheidend sind“



Viola Kaspar vom Sanierungsträger BSG und Matthias Remus aus Rathenow für die Werk-Stadt „Nachhaltig und wohltemperiert. Warum Klimafragen über Lebensqualität bestimmen.“



Liza Baranowski aus Luckenwalde und Susanne Branding aus Erkner für die Werk-Stadt „Für alle, für uns. Warum Wohnen und Wohlfühlen das gesellschaftliche Gleichgewicht stärken“

- » Pragmatismus in Zuständigkeiten
- » Kompetenzmanagement – Beratung für die Kommunen und direkte Ansprechpartner sind wichtig

Botschaften an den Städteverbund

- » die Plattform Starke Städte kann interkommunal Angebote machen, um gegenseitig zu entlasten bspw. in Infrastrukturen (gemeinsame Ämter, Auslastung sozialer Infrastrukturen, ...)
- » im Verbund und nicht in Konkurrenzen agieren, sich innerhalb der Verwaltung auch gegenseitig kennenlernen und das miteinander fördern
- » Kommunikation und Austausch sind wertvoll, aber auch ins Handeln kommen
- » Aktiv Erfahrungen in die Städtenetze/die Plattform Starke Städte einbringen, von Ideen-/Projekt-/Erfahrungsvielfalt gegenseitig profitieren
- » Umsetzungen und Erfolge können überzeugen
- » Nachwuchs in den Verwaltungen und Institutionen befähigen, mutige und neue Wege in der Entwicklung der Städte gehen zu dürfen (u.a. Teamtage, Austausch/Exkursion in Partnerstädte)

IM GESPRÄCH BLEIBEN UND ÜBERGABE STAFFELSTAB



- » Nora Görke, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg und Bürgermeisterin der Stadt Kyritz
- » Christiane Lindner-Klopsch, Vorsitzende des Städtekranzes Berlin-Brandenburg und Bürgermeisterin der Stadt Jüterbog

Zum Abschluss des 7. Stadtentwicklungstages übergab Nora Görke im Namen der Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen den Staffelstab an Christiane Lindner-Klopsch vom Städtekranz. Nun hat der Städtekranz den Vorsitz in der Plattform Starke Städte. Der gemeinsame Austausch der drei Städtenetzwerke im Land Brandenburg wird aktiv weitergeführt und gemeinsam an den Zukunftsaufgaben für die Kommunen gearbeitet: Aufgaben angehen. Brandenburg gestalten. Erfolge feiern.

Die nächsten Formate des Austausches sind beispielsweise Arbeitsgespräche mit den Ministerien, Kammingespräche, Parlamentarische Abende sowie der 8. Stadtentwicklungstag im Jahr 2028.

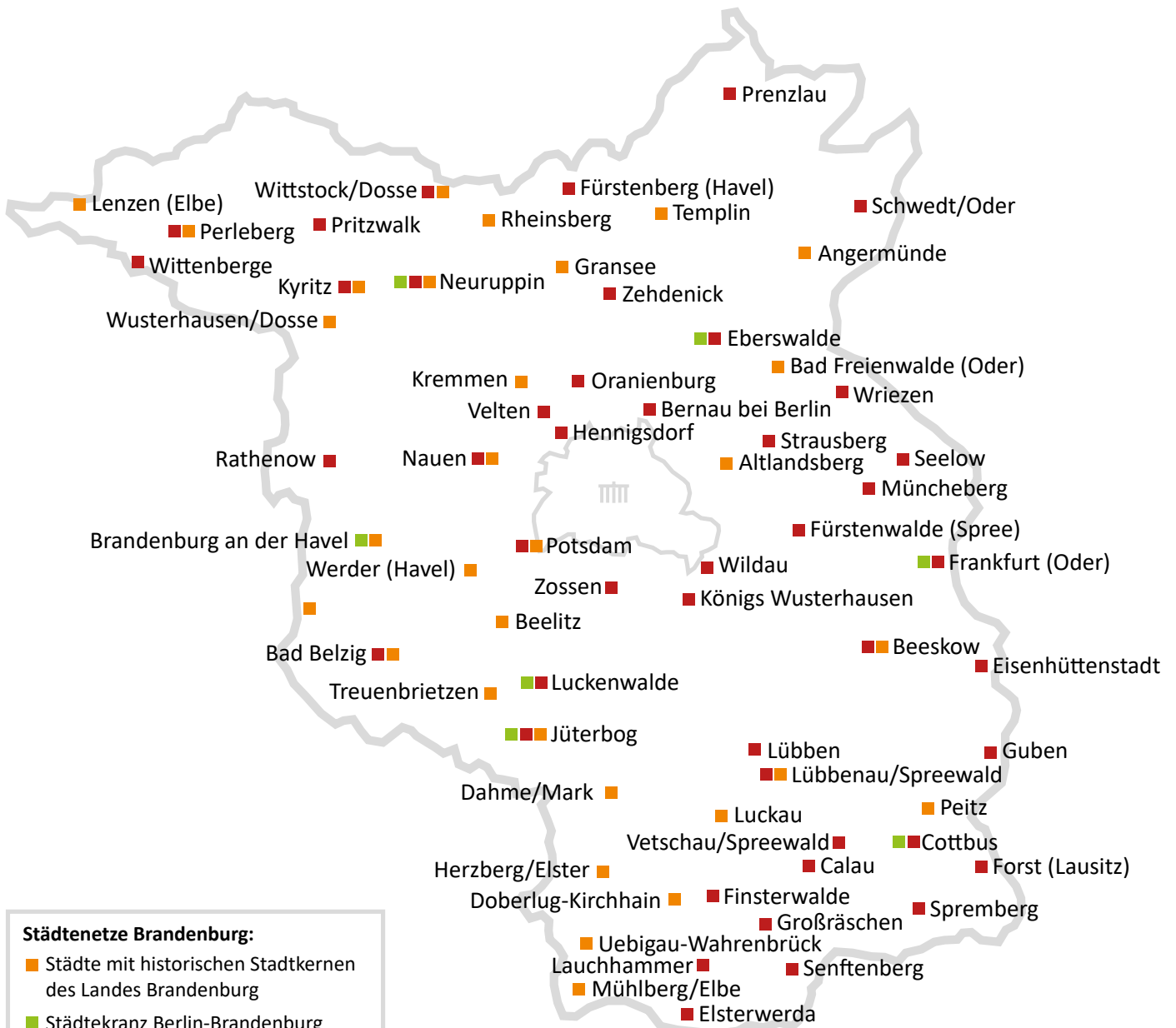
7 BRANDENBURGER 24.06.26 STADTENTWICKLUNGSTAG

■ Starke Städte – Gemeinsam für Brandenburg

MITGENOMMEN

- Ziele auf wirkliche Gemeinsamkeit überprüfen und daran festhalten.
- Zukünfte kurz-, mittel- und langfristig formulieren.
- Stadtentwicklung für und mit den Menschen in den Städten machen.
- Chancen und Potenziale sehen – gemeinsam daran arbeiten diese in die Umsetzung zu bekommen.
- Dialog auf Augenhöhe spürbar machen – zuhören | ernst nehmen | Diskurse führen | Lösungen entwickeln.
- Ausprobieren ermöglichen – Erfolge feiern | Scheitern zulassen | Neudenken akzeptieren | Machen ermöglichen.
- Transformation ermöglichen - Kommunen sind Keimzellen für Veränderungen und bereit.
- Neue Wege gehen – gerade weil Ressourcen limitiert sind.
- Arbeitsprozesse und Ressortzuschnitte in den kommunalen und Landesverwaltungen vertikal und horizontal mutig anpassen.
- Verantwortung tragen und voran gehen – ungewöhnliche Wege zum Standard machen, wenn sie sich bewährt haben.
- Die ganze Vielfalt der Akteure, die zur Entwicklung der Städte beitragen zum Diskurs einladen.
- Multiplikatoren und Stadtmacher in der Bürgerschaft, den Verwaltungen und im Städteverbund unterstützen.
- Kommunikation offen, transparent und erklärend führen – Erwartungshaltungen transportieren.





Städtenetze Brandenburg:

- Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg
- Städtekrans Berlin-Brandenburg

■ Städteforum Brandenburg

Zusätzlich sind 6 Institutionen Mitglied:

- AG der Brandenburger Sanierungsträger
- AG Innenstadt Potsdam
- BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
- Handelsverband Berlin/Brandenburg e.V.
- IHK Ostbrandenburg
- IHK Potsdam